

19.07.2016

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 4890 vom 17. Juni 2016
des Abgeordneten Gregor Golland CDU
Drucksache 16/12304

Veränderte Einbruchszahlen während Grenzkontrollen

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Zahl der Wohnungseinbrüche in der Region Aachen ist während der Grenzkontrollen zu den Benelux-Staaten Ende 2015 um 63 Prozent gesunken. Das teilte der Leiter der Aachener Bundespolizei, M. H., nach Angabe der Aachener Nachrichten (10. Juni 2016, S. 1) jetzt mit. Mehr als 240 Personen, nach denen die Sicherheitsbehörden fahndeten, konnten im Rahmen der Kontrollen festgenommen werden, dazu 40 Personen, die per Haftbefehl gesucht wurden. Diebesgut im Wert von 150.000 Euro wurde sichergestellt.

M. H. wies allerdings darauf hin, dass eine auch in Zukunft wirksame Überwachung der Grenzen aufgrund der „desolaten Personalsituation“ bei der Aachener Bundespolizei kaum möglich sei. Die Kriminalpolizei brauche zudem mehr Personal, um Drogen-, Schleuser-, Rocker- und Einbruchskriminalität zu bekämpfen.

Eine negative Auswirkung hatten die Grenzkontrollen auf den Kreis Düren. Dort stieg die Einbruchskriminalität um fast 28 Prozent an, im Kreis Heinsberg sogar um 70 Prozent. Die Dürener Polizei führt dies auf einen „Verdrängungseffekt“ zurück. Offenbar wählten die aus den Niederlanden und Belgien kommenden Einbrecher einen kleinen, nicht überwachten Grenzübergang.

Der Minister für Inneres und Kommunales hat die Kleine Anfrage 4890 mit Schreiben vom 18. Juli 2016 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei beantwortet.

Datum des Originals: 18.07.2016/Ausgegeben: 22.07.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

1. Sollte aus Sicht der Landesregierung die Grenze zu den Benelux-Staaten dauerhaft effektiv überwacht werden, um Einbruchs-, Drogen-, Schleuser- sowie Rockerkriminalität vorzubeugen?

Bereits mit ihrer Antwort auf die Große Anfrage 13 der Fraktion der CDU vom 1.4.2015 (Drucksache 16/8338) hat die Landesregierung umfassend dargelegt, dass ein unmittelbarer Zusammenhang der Fallzahlenentwicklung der Gesamtkriminalität und der grenzüberschreitenden Kriminalität mit der Aufhebung von Grenzkontrollen im Jahr 1995 nicht festzustellen ist. Die Entwicklung der verschiedenen Deliktsbereiche mit grenzüberschreitenden bzw. internationalen Bezügen verlaufen unterschiedlich. Während die Fallzahlenentwicklung in den klassisch grenzüberschreitenden Delikten der Schleuserkriminalität, des Menschenhandels und des Rauschgifthandels und -schmuggels tendenziell rückläufig ist, zeigt sich ein Anstieg bei der grenzüberschreitenden Eigentumskriminalität.

An dieser Entwicklung orientieren sich die täterbezogen ausgerichteten Konzepte und Schwerpunktsetzungen der Landesregierung zur Kriminalitätsbekämpfung.

Auf der Frühjahrsitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 15.-17. Juni 2016 im Saarland unterzeichneten die Minister und Senatoren die sogenannte „Schengen-Erklärung“. Sie bekräftigten damit Ihr Bekenntnis zu einem Europa ohne Grenzkontrollen und für einen wirksamen Schutz der Außengrenzen. Dazu vereinbarten sie auch eine stärkere Vernetzung im Kampf gegen Wohnungseinbrüche. Die Bekämpfung reisender Einbrecherbanden und anderer Formen grenzüberschreitender Kriminalität hat dabei weiterhin oberste Priorität. Hierzu gehört auch der Ausbau der Schwerpunktkontrollen an Grenzen sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit der Bundespolizei mit den Polizeien der Länder. Die spezifischen Konzepte der Polizei NRW beziehen eine solche Kooperation mit der Bundespolizei längst ein. Diese werden auch künftig fortgesetzt und ausgebaut.

2. Ist geplant, die Aachener Bundespolizei im Bedarfsfall durch Einsatzkräfte der Polizei NRW zu verstärken? (Wenn nein, warum nicht?)

Landes- und Bundespolizei arbeiten auf Grundlage ihrer jeweiligen Aufgaben und Zuständigkeiten längst eng und operativ gut abgestimmt zusammen. Dies schließt auch Anlass bezogene wechselseitige Unterstützungen ein.

3. Wird die Landesregierung die Kriminalpolizei in NRW verstärken? (Wenn nein, warum nicht?)

Die Landesregierung hat die Zahl der Einstellungsermächtigungen in den Polizeidienst seit 2011 in mehreren Schritten von 1.100 auf 1.892 im Jahr 2015 und zuletzt für 2016 auf 1.920 erhöht. In den kommenden Jahren sollen jeweils 2000 Einstellungsermächtigungen erfolgen, um langfristig eine Personalstärke von 41.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten bei der Polizei sicherzustellen. Dies hat bereits und wird auch künftig zu einer nachhaltigen Verstärkung auch der Kriminalpolizei beitragen.

Im Hinblick auf das Maßnahmenpaket der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort sind den polizeilichen Schwerpunktbehörden intern insgesamt 250 zusätzliche Stellen für Regierungsbeschäftigte zugewiesen worden, die auch zur Entlastung und Verstärkung in der Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt werden. Dafür wurden auch den

übrigen Kreispolizeibehörden 100 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für Regierungsbeschäftigte zur Verfügung gestellt. Die Verteilung des Personals innerhalb der Kreispolizeibehörden obliegt grundsätzlich den Behörden selbst.

4. *Wie kann aus Sicht der Landesregierung verhindert werden, dass bei Grenzkontrollen im Raum Aachen ein „Verdrängungseffekt“ entsteht, der zu mehr Einbrüchen in den angrenzenden Landkreisen führt?*

Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist für den Zeitraum der Grenzkontrollen durch die Bundespolizei - bezogen auf den mit dieser Kleinen Anfrage genannten Zeitraum - für den Bezirk des PP Aachen einen Anstieg der Einbruchskriminalität um 7,38 % im Vergleich zu dem vierwöchigen vorhergehenden Zeitraum aus. Für die angrenzenden Polizeibezirke der KPB Düren, Heinsberg und Rhein-Erft- Kreis sind ebenfalls Anstiege der Einbruchskriminalität ausgewiesen (Anlage). Insoweit lassen sich die Anstiege der Fallzahlen in den Bezirken der KPB Aachen, Heinsberg, Düren und Rhein- Erft- Kreis nicht mit einer Verdrängung durch Grenzkontrollen erklären.

5. *Wie hat sich während der Grenzkontrollen im Raum Aachen die Einbruchskriminalität im Rhein-Erft-Kreis entwickelt?*

Datenquelle zur Beantwortung der Frage ist die Polizeiliche Kriminalstatistik. Die nachgefragten Daten sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Delikt	Behörde	Fälle		Fälle	
		21.10-16.11.2014	17.11-14.12.2014	21.10-16.11.2015	17.11-14.12.2015
Einbruchskriminalität	PP Aachen	345	274	366	393
	LR Düren	104	77	98	185
	LR Heinsberg	82	61	102	151
	LR Rhein-Erft-Kreis	253	273	232	249
davon Wohnungseinbruchdiebstahl	PP Aachen	229	188	195	192
	LR Düren	49	50	51	111
	LR Heinsberg	50	38	73	119
	LR Rhein-Erft-Kreis	166	232	177	180